



Marasabit, Kenia. Opfer von Extremwetter: Der Hirte verlor alle seine Ziegen während eines heftigen Regensturmes. Sie starben an Unterkühlung.

AFRIKA IN DEN FOKUS NEHMEN: Erwartungen an die 27. Weltklimakonferenz

Die großen Extremwetterereignisse der letzten Monate – von den Hitzewellen in Afrika, Asien und Europa bis hin zu den katastrophalen Überschwemmungen in Pakistan im September – sind eine dramatische Erinnerung daran, wie dringend die Lösung der Klimakrise heute ist. Die Erwartungen an die Vertragsstaaten der Vereinten Nationen auf der diesjährigen 27. UN-Klimakonferenz in Sharm-el-Sheikh, Ägypten, sind hoch. Es muss in allen relevanten Bereichen Fortschritte geben: Klimaschutz, Anpassung, Finanzierung sowie beim Thema Verluste und Schäden. Neben bewaffneten Konflikten sind die Auswirkungen der Klimakrise inzwischen die größten Treiber für Hunger und Ernährungsunsicherheit weltweit. Besonders betroffen von der Klimakrise sind afrikanische Länder, sie sollten daher stärker im Fokus stehen.

Die aktuelle Energiekrise drängt die Klimapolitik in den Hintergrund

Die diesjährige Klimakonferenz steht allerdings unter keinem guten Stern. Geopolitische Spannungen drohen die wenigen Fortschritte, die es beim Klimaschutz letztes Jahr in Glasgow (COP 26)¹ gegeben hat, zunichtezumachen. Der Krieg Russlands in der Ukraine bringt den Ost-West-Konflikt zurück nach Europa und in der Folge kämpfen,

neben China, die USA, Europa und Russland um ihren Einfluss in Afrika². Das erschwert die dringend notwendige internationale Kooperation beim Klimaschutz.

Selbst der Konflikt zwischen den USA und China – China wirft den USA die Verletzung des Ein-China-Prinzips vor – zeigt Auswirkungen. China hat als Reaktion auf die Zusage der USA, Taiwan im Falle einer chinesischen Aggression militärisch Beistand zu leisten, scharf reagiert und die klimapolitische Zusammenarbeit mit den USA aufgekündigt. Als weltweit mit Abstand größte Emittenten (zusammen mit Indien verursachen die beiden Länder die Hälfte der weltweiten Emissionen) spielen die beiden Staaten für die Verhandlungen eine entscheidende Rolle. Für Sharm-el-Sheikh verheißt diese Entwicklung nichts Gutes.

Europa ist im Zeichen der durch den Krieg verursachten Energieknappheit auf der Suche nach neuen Energiequellen. Gas und Öl verteuerten sich erheblich. Wie sich diese Entwicklung auf die angestrebte Energiewende in Deutschland oder Europa auswirkt, bleibt abzuwarten. Der senegalesische Präsident und Vorsitzende der Afrikanischen Union, Macky Sell, mahnte während der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September die Industriestaaten: Wenn der Westen die afrikanischen Länder nicht bei der Energiewende unterstütze, würden sie ebenfalls auf fossile Energien setzen – und die Welt damit noch tiefer in die Klimakatastrophe stürzen.

¹ <https://www.welthungerhilfe.de/aktuelles/blog/2021/cop-26-die-klimakonferenz-die-den-sueden-im-stich-liess>

² Das Ringen um Einfluss in Afrika wurde während der Afrikareisen des russischen Außenminister Sergej Lawrow im Juli und des US-amerikanischen Außenministers Antony Blinken im August deutlich.

Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, das Land ist nur für den Bruchteil der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, kündigte bereits im Juli an, „das eigene Ressourcenpotential in den Dienst des eigenen Landes zu stellen“ und will nationale Öl- und Gasquellen erschließen. Noch auf der Klimakonferenz in Glasgow hatte die kongolesische Regierung ein Abkommen zum Schutz der Wälder unterschrieben, 500 Millionen Euro wollten Deutschland und Großbritannien zur Verfügung stellen, geflossen ist es bis heute noch nicht.³

Energiesicherheit als Voraussetzung für Entwicklung

Fragen der Energiesicherheit werden somit auf der diesjährigen Klimakonferenz nicht nur für viele afrikanische Staaten eine wichtige Rolle spielen, für sie ist die Versorgung mit Energie eine Voraussetzung für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und damit die Bekämpfung des Hungers. Mit dem fortschreitenden Klimawandel wird der Zugang zu Energie entlang der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten dabei noch bedeutsamer. So gilt es Ernte- und Nachernteverluste mittels angepasster Lagerung und Logistik zu reduzieren (z.B. durch den Aufbau von Kühlketten vom Lager bis zum Markt). Gleichzeitig erlaubt der sichere Zugang zu Energie weiterverarbeitende Produktionsschritte, was zur Generierung zusätzlichen Einkommens beitragen kann. Genauso wichtig wie für die Produktion ist Energie auf der Ebene der Haushalte. 600 Millionen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent leben heute ohne Stroman-

schluss, gekocht wird häufig mit Hilfe von Holz oder Kohle – d.h. klimaschädlich, gesundheitsschädlich und enorm aufwändig, speziell für Frauen.

Entsprechend zentral ist für viele afrikanische Staaten daher die finanzielle Unterstützung beim Um- und Aufbau zuverlässiger und klimafreundlicher Energie- und Ernährungssysteme durch Länder, die über die entsprechenden Ressourcen verfügen. Viele afrikanische Länder bringen die Voraussetzungen für den Umbau bereits mit, sie verfügen über großen Mengen an erneuerbaren Energien, die einen großen Beitrag zur Ernährungs- und Energiesicherheit sowie zum Klimaschutz leisten könnten.

Der Klimawandel bedroht die globale Ernährungssicherung...

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssituation besonders vulnerabler Gruppen (insbesondere Frauen und Mädchen) sind gravierend und die Prognosen noch ernster als vor einem Jahr: Weltweit sind laut Weltklimarat 3,5 Milliarden Menschen durch klimatische Veränderungen gefährdet⁴. Über die Hälfte der Weltbevölkerung leidet bereits jetzt jedes Jahr zumindest zeitweise unter schwerer Wasserknappheit. Sogar jeder dritte Mensch ist potentiell tödlichem Hitzestress ausgesetzt. Nicht zuletzt verstärken steigende Temperaturen und Niederschläge die Ausbreitung von Krankheiten bei Menschen, Getreide, Vieh und Wildtieren. Neue Erkenntnisse zeigen zudem, dass 55 der weltweit am stärksten vom Klimawandel gefährdeten Länder heute um 20% vermöglicher sein könnten, wenn klimawandelbedingte Verluste und Schäden nicht eingetreten wären.⁵

Pakistan: 7,6 Millionen Menschen von den Folgen der Überschwemmungen vertrieben

Auch außerhalb Afrikas ereigneten sich tödliche und zerstörerische Extremwetterereignisse. Berichten zufolge fiel in Pakistan⁶ im August mehr als das Dreifache der üblichen Niederschlagsmenge, das Land erlebte den feuchtesten Monat seit 1961. Der Indus, der durch das ganze Land fließt, trat auf Tausenden von Quadratkilometern über die Ufer und die heftigen Regenfälle führten zu Überschwemmungen und Erdbeben. Mehr als 33 Millionen Menschen sind von der Katastrophe betroffen. 1,7 Millionen Häuser wurden zerstört und fast 1500 Menschen verloren ihr Leben. Am 25. August rief die Regierung den nationalen Notstand aus. Die Schäden liegen vermutlich bei weit über 30 Mrd. US-Dollar und für die kommenden Monate ist eine Hungersnot nicht auszuschließen. Etwa 750.000 Tiere sind umgekommen und rund 18.000 Quadratkilometer Ackerland wurden vernichtet, darunter etwa 45 % der Baumwollernte - eines der wichtigsten Exportgüter des Landes. Der Verlust von Nahrungsmitteln im Gesamtwert von rund 2,3 Mrd. US-Dollar verschärft zudem die anhaltende Nahrungsmittelknappheit aufgrund des Krieges in der Ukraine und der sommerlichen Hitzewellen in der Region.

Äthiopien erlebt die schlimmste Dürre der letzten vier Jahrzehnte

In Äthiopien fielen die letzten vier Regenzeiten sehr schwach oder gar vollständig aus. 24,1 Millionen Menschen sind von der Dürre betroffen. Das Vieh stirbt, die Erträge der Ernten sind schlecht, Nahrungsmittelpreise steigen und die Menschen leiden Hunger. 20 Millionen Menschen sind landesweit auf humanitäre Hilfe angewiesen, davon 12,4 Millionen Kinder. Die anhaltende Dürre gefährdet die Ernährung von 9,9 Millionen Menschen. 2,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren in den Dürreregionen sind akut unterernährt. Für 401.000 Menschen landesweit sieht das Welternährungsprogramm (WFP) die Gefahr einer Hungersnot. Etwa 3,5 Millionen Herdentiere sind bereits verendet. 8,3 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu ausreichendem Wasser (Trinken, Kochen, Hygiene). Für rund 482.000 SchülerInnen besteht das Risiko, den Schulbesuch unterbrechen zu müssen. Über 345.000 Menschen in der Dürreregion haben ihre Heimat auf der Suche nach Wasser, Weideflächen und Hilfe verlassen. Neben der Dürre verschärfen auch der anhaltende Konflikt um die Region Tigray und weitere ethnische Konflikte im Land den Hunger. Als Folge des Ukraine-Krieges sind die Preise für Lebensmittel um rund 66% gestiegen.

³ <https://www.sueddeutsche.de/wissen/kongo-erdoel-erdgas-regenwald-1.563627>

⁴ https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf

⁵ Siehe: ODI Policy Brief: Contributions and challenges of Disaster Risk Financing as a response to climate change induced loss and damage, July 2022, S. 2.

⁶ Zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und den extremen Regenfällen in Pakistan siehe: <https://www.worldweatherattribution.org/climate-change-likely-increased-extreme-monsoon-rainfall-flooding-highly-vulnerable-communities-in-pakistan/>

Die aktuelle Dürre trifft Somalia und Somaliland am stärksten

Über 90 Prozent der Fläche beider Länder und 7,8 Millionen Menschen sind betroffen. Die letzten Niederschläge waren zu gering und die Prognosen für die nächsten Regenzeiten sind schlecht. Die Ernährung von etwa 6,7 Millionen Menschen ist gefährdet. Für über 300.000 Menschen besteht die Gefahr einer Hungersnot. 1,5 Millionen Kinder unter 5 Jahren sind akut unterernährt. Diese Zahl könnte sich bis Juli 2023 noch auf 1,8 Millionen erhöhen (rund 54,5% aller Kinder in Somalia). 3 Millionen Herdentiere sind aufgrund der Dürre verendet. Seit Januar 2021 haben über eine Million Menschen ihre Heimat verlassen, um innerhalb der Länder in anderen Regionen Wasser, Nahrung und Weideflächen zu finden. Über eine halbe Million wurden zudem wegen der anhaltenden Gewalt zu Vertriebenen im eigenen Land. Die Wasserpreise stiegen seit November 2021 um bis zu über 70%, und 3,9 Millionen Menschen haben kein zuverlässigen Zugang zu Wasser (Trinken, Kochen, Hygiene). Die Dürrekatastrophe beeinträchtigt auch den Zugang zu Bildung. Die Familien können die Kosten nicht mehr tragen. Betroffen sind aktuell 1,7 Millionen Kinder, die den Schulbesuch unterbrechen müssen, für 720.000 besteht das Risiko, den Schulbesuch komplett abzubrechen, davon 47% Mädchen. Als Folge des Ukraine-Kriegs sind die Lebensmittelpreise um rund 36% gestiegen.

... und die Menschen in Afrika

In Afrika droht der Klimawandel bis zum Ende des Jahrzehnts über hundert Millionen der ärmsten Menschen Dürren, Überschwemmungen und extremer Hitze auszusetzen. Somalia erlebt bereits eine Hungersnot. „In Äthiopien, Kenia und Somalia stehen wir am Rande einer noch nie dagewesenen humanitären Katastrophe“, sagt Guleid Artan, Direktor des Centers für Klimafolgen der zwischenstaatlichen Entwicklungsagentur in Ostafrika, IGAD⁷. 80 Millionen Menschen in der Region sind ernährungsunsicher, die Zahl der von der Dürre betroffenen Menschen, die keinen zuverlässigen Zugang zu sauberem Wasser haben, stieg von 9,5 Millionen im Februar 2022 auf 16,2 Millionen im Juli. In der gesamten Sahelzone ist die Verfügbarkeit von Wasser in den letzten 20 Jahren aufgrund des Klimawandels und anderer Faktoren um mehr als 40% zurückgegangen.

Afrika südlich der Sahara gilt aufgrund der Wüstenbildung, der empfindlichen Küsten und der Abhängigkeit der Bevölkerung von der Landwirtschaft als die am meisten gefährdete Region weltweit. Jüngste Untersuchungen zeigen, dass in Westafrika die Zahl der potenziell tödlichen Hitzetage 100 bis 250 Tage pro Jahr erreichen wird, bei einem Temperaturanstieg von 2,5°C – der derzeitigen Prognose für das Jahr 2100.

Nach Angaben der Weltbank könnten bis zur Mitte des Jahrhunderts rund 86 Millionen Menschen in Afrika südlich der Sahara und 19 Millionen in Nordafrika aufgrund von verheerenden Klimaschocks zu Binnenvertriebenen werden.⁸ Angola erlebte die schlimmste Dürre der letzten 40 Jahre und zwang Tausende von Menschen ins benachbarte Namibia, nachdem Missernten und steigende Lebensmittelpreise die Nahrungsmittelknappheit im Süden des Landes verschärft hatten.

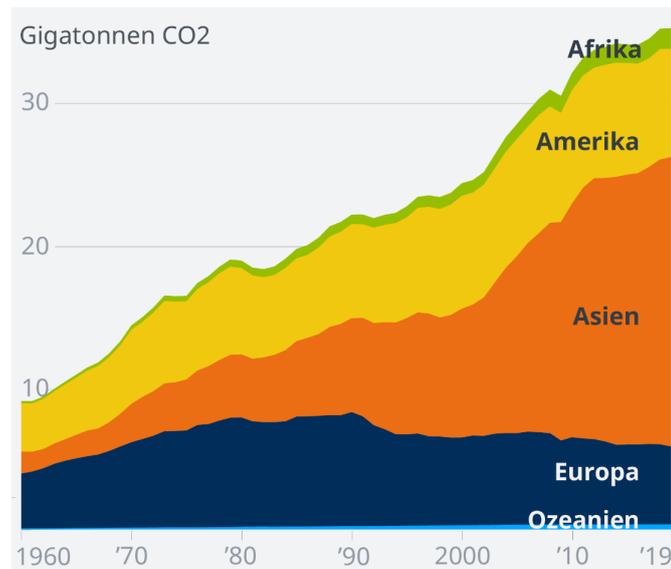
Dabei liegt der Anteil Afrikas an den globalen Treibhausgasemissionen in den Jahren 1960 und 2020 bei lediglich 3,3%. Laut dem Bericht eines afrikanischen Thinktanks⁹ befinden sich die zehn am stärksten durch den Klimawandel gefährdeten Länder in Afrika, in denen über ein Fünftel der afrikanischen Bevölkerung lebt.

Ernährungssicherheit stärker in den Mittelpunkt stellen

Wegen der Zunahme von Extremwetterereignissen und der steigenden Hungerzahlen sowie der prekären globalen Nahrungsmittelsituation forderte bereits während der Klimakonferenz in Glasgow die damalige Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen, Dr. Agnes Kalibata, dass auf den Klimakonferenzen die Themen Ernährung und Landwirtschaft mehr in den Mittelpunkt der politischen Verhandlungen gerückt werden sollten. „Ohne dringende Maßnahmen gegen den Klimawandel könnten in den nächsten acht Jahren weitere 100 Millionen Menschen in Afrika in die extreme Armut getrieben werden – das sind bis 2030 jedes Jahr mehr als 10 Millionen Menschen. Wenn wir uns rechtzeitig um die Ernährungssysteme¹⁰ kümmern, werden wir Lösungen finden, um weitere Schäden an der Umwelt abzuwenden.“¹¹

Der Anteil Afrikas an den globalen CO₂-Emissionen liegt bei 3,3%¹²

Weltweite CO₂ Emissionen



Quelle: Global Carbon Projekt 2020

⁷ <https://www.icpac.net/>, https://www.news24.com/fin24/climate_future/news/five-things-to-know-for-africa-climate-week-20220829

⁸ <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/36248/Groundswell%20Part%20Ilov.pdf?sequence=4&isAllowed=y>

⁹ <https://mo.ibrahim.foundation/sites/default/files/2022-07/2022-forum-report.pdf>

¹⁰ Zur Notwendigkeit der Transformation von Ernährungssystemen siehe auch:

<https://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/organization/2021-food-systems-policy-brief-de.pdf>

¹¹ <https://www.un.org/en/food-systems-summit/news/un-special-envoy-calls-focus-food-next-climate-talks-limit-global-heating-and>

¹² <https://www.dw.com/de/cop26-die-klimakrise-in-11-grafiken/a-59662624>

Anpassungsfinanzierung erhöhen

Aber dafür fehlt es nach wie vor an ausreichender Finanzierung, auch wenn eigentlich klar ist, woher das Geld kommen sollte. Im Pariser Klimaabkommen von 2015 haben die Unterzeichnerstaaten anerkannt, dass es seit der industriellen Revolution überwiegend die wohlhabenden Nationen in Europa und Nordamerika waren, die durch die massive Verbrennung fossiler Brennstoffe den aktuellen Klimanotstand verursacht haben. Nach dem Verursacherprinzip müssten sie nun auch die finanziellen Mittel für Klimaschutz und Anpassung zur Verfügung stellen, wozu sie sich auch in Paris zum wiederholten Male verpflichtet haben.

Eine an den Bedarfen der Länder orientierte Klimafinanzierung ist einer der Schlüssel zur Erreichung der Ziele der internationalen Staatengemeinschaft, die globale Erwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen und insbesondere den ärmsten und vom Klimawandel am stärksten bedrohten Länder bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen. Das Abkommen verpflichtet alle Staaten, weltweit die Finanzströme mit einer klimafreundlichen und klimawandelresistenten Entwicklung in Einklang zu bringen. Damit sich auch ärmere Staaten verpflichten, einen klimaneutralen Entwicklungsweg einzuschlagen, ist es zunächst wichtig, die Finanzierungszusagen in Höhe von 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr für die Jahre 2020 bis 2025 auch einzuhalten. Zudem wurde in Paris entschieden, ab 2025 ein neues Finanzierungsziel festzulegen. Das Thema der internationalen Klimafinanzierung bleibt weiterhin eines der wichtigsten Themen auf den alljährlichen UN-Klimakonferenzen. Bisher jedenfalls wurden die versprochenen Summen nicht erreicht.

Afrikas Priorität liegt auf der Anpassung

Die Priorität in Afrikas Kampf gegen den Klimawandel liegt klar auf der Anpassung. Die aktuelle Diskussion um den Klimawandel, in der die Emissionsreduzierung im Mittelpunkt steht, führt aber dazu, dass der größte Teil der vorhandenen Finanzmittel in Länder mit mittlerem Einkommen und kohlenstoffintensiven Industrien fließt, während ärmere und daher weniger zum Klimawandel beitragende Länder außenvor bleiben. Das gilt vor allem auch für Länder in fragilen und konfliktiven Kontexten¹³.

Ein Großteil der Klimafinanzierung geht also an Afrika vorbei. Die afrikanischen Länder erhielten 2019 und 2020 zusammen nur 12–15% der erforderlichen Investitionen für den Klimaschutz (davon deutlich weniger als die Hälfte für Anpassung).¹⁴ Nach Sub Sahara-Afrika fließen sogar nur 5% der gesamten Klimafinanzierung.¹⁵ Allein in dieser Region arbeiten sieben von zehn Menschen in der Nahrungsmittelproduktion, für diese Menschen ist die Minderung der Auswirkungen des Klimawandels überlebenswichtig.

Wenn der Kontinent als Ganzes seine Klimaschutzziele erreichen und sich an den Klimawandel anpassen will, muss die Klimafinanzierung rascher mobilisiert und erheblich ausgeweitet werden. Die Botschaft der AfrikanerInnen ist klar: Afrika ist nicht schuld am Klimawandel. Aber es leidet zuerst unter den Folgen. Die reichen Länder müssen dafür zahlen.

Ziel: klimaresiliente und transformative Ernährungssysteme

Die Gewährleistung der Ernährungssicherung durch eine nachhaltigere landwirtschaftliche Produktionsweise steht dabei für viele afrikanische Staaten seit längerem im Mittelpunkt. Bereits 2014 hat die Afrikanische Union in der Erklärung von Malabo¹⁶ angekündigt, die Ernährungssysteme Afrikas klimaresilient zu machen. Dazu gehören die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Haushalten, die in der Landwirtschaft sowie der Vieh- und Fischhaltung aktiv sind, genauso wie Investitionen in die soziale Absicherung von LandarbeiterInnen und in den Erhalt und die Wiederherstellung funktionierender Ökosysteme.

Eine transformative Anpassung, die zusätzlich auf strukturelle Ungleichheiten und die Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen eingeht, integrativ und sektorübergreifend wirkt und vorrausschauend ist, muss mit einer erheblichen Aufstockung von Finanzmitteln rechnen können. Wichtig ist dabei die Teilhabe betroffener Akteure an der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Plattformen lokaler Gemeinschaften und indigene Bevölkerungsgruppen müssen nicht nur bei den Klimaverhandlungen, sondern auch bei der Planung und Umsetzung der transformativen Anpassungsprozesse berücksichtigt werden.

Bei Fragen der Landnutzung ist darauf zu achten, dass Klimaschutz nicht auf Kosten der Ernährungssicherheit geht. Minderungs- und Anpassungsoptionen wie Wiederaufforstung oder die Produktion von Bioenergie sollten daher immer kritisch im Hinblick ihrer Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit betrachtet werden. Eine Anpassungsform, die beide Aspekte versucht zu verbinden, ist die natur- oder ökosystembasierte Anpassung. Hier werden Ernährungssicherheit, der Erhalt der Biodiversität und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Menschen vor Ort gleichermaßen angegangen.

Widerstandsfähigkeit stärken

Die Welthungerhilfe leistet mit ihren PartnerInnen weltweit einen Beitrag zur Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit von Menschen im globalen Süden. In Asien, Afrika, Lateinamerika und der Karibik werden geschädigte Böden wieder für die Produktion nutzbar gemacht, um Entwaldung, Biodiversitätsverlust und Bodenerosion entgegenzuwirken und Kleinbauern und-bäuerinnen bei der Bewirtschaftung unterstützt. Dabei helfen neue Anbautechniken und angepasstes Saatgut genauso wie Schulungen in Betriebsführung und Vermarktung. Bei der Einforderung staatlicher Rechenschaftspflicht spielt der Politikdialog eine immer größer werdende Rolle. Die Unterstützung der lokalen Zivilgesellschaft steht dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Zusammenarbeit mit Vertretern nationaler Behörden.

In der humanitären Hilfe leistet die Welthungerhilfe zunehmend vorausschauende Hilfe und trägt somit zur Anpassung lokaler Gemeinschaften, möglichst vor dem Eintreffen zum Beispiel eines Extremwetterereignisses bei. Immer präzisere Frühwarnsysteme werden genutzt, um

¹³ https://www.ifrc.org/sites/default/files/2021-05/20201116_WorldDisasters_Full.pdf, Kapitel 7

¹⁴ <https://www.climatepolicyinitiative.org/wp-content/uploads/2022/09/Landscape-of-Climate-Finance-in-Africa.pdf>

¹⁵ Dto. S.79.

¹⁶ <https://www.nepad.org/caadp/publication/malabo-declaration-accelerated-agricultural-growth>

Menschen schon im Vorfeld unmittelbar bevorstehender Extremereignisse zu unterstützen. Rechtzeitiges Eingreifen genügt, Leben zu retten, Evakuierungen zu ermöglichen

oder das Überleben von Tieren mittels zusätzliche Futterrationen oder Impfungen sicherzustellen und damit die Lebensgrundlagen der Menschen zu bewahren.

Die Welthungerhilfe fordert von der deutschen Bundesregierung, sich auf der COP 27 für folgende Belange einzusetzen:

1. Besonders **benachteiligte und bisher unterrepräsentierte Akteure müssen aktiv an der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen beteiligt** werden, insbesondere wenn sie von den Maßnahmen direkt betroffen sind. Lokale Gemeinschaften müssen ebenso in Planungs- und Umsetzungsprozesse eingebunden werden wie indigene und andere Bevölkerungsgruppen.
2. Die teilnehmenden Staaten müssen ihre Anstrengungen, die **globalen Treibhausgase zu reduzieren**, nach wie vor erhöhen. **Dazu müssen aktualisierte Treibhausgasreduktionsziele vorgelegt und bestehende nationale Klimaschutzbeiträge schneller umgesetzt werden.** Nur so kann die Erwärmung der Erdatmosphäre bis 2100 auf unter 1,5 Grad Celsius beschränkt werden, wie in Paris 2015 beschlossen. Jede nicht emittierte Tonne Treibhausgas schützt das Klima, verringert die Notwendigkeit von Anpassung und wirkt sich damit auch positiv auf die Ernährungssicherung in armen Ländern aus. Die aktuelle **geopolitische Krise** darf dabei von den UN-Mitgliedstaaten nicht missbraucht werden, Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion auszubremsen.
3. Für Länder, die massiv unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, ist die ausreichende Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen überlebenswichtig. Die **Klimafinanzierung ist dabei einer der Schlüssel zur Erreichung der Klimaziele.** Das 2015 erneuerte Versprechen, von 2020–2025 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für Klimaschutz und Anpassung bereitzustellen, ist noch immer nicht erfüllt. Die **Industrie- und Schwellenländer müssen neue Zusagen machen und zusätzliche Mittel bereitstellen**, die über die zur Erreichung des 0,7% Ziels der öffentlichen Entwicklungsarbeit bereitgestellten Mittel hinausgehen. Davon muss **die Hälfte für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung stehen und sichergestellt werden, dass die Anpassungsgelder auch bei den verletzlichsten Gruppen ankommen.** Auf dem G7-Gipfel in Elmau hat die Bundesregierung zugesagt, die öffentliche Klimafinanzierung bis 2025 auf jährlich sechs Milliarden Euro zu steigern. Damit auch in Zukunft Deutschlands Beitrag den Bedarfen der verwundbarsten Länder gerecht wird, **sollte die Bundesregierung ihren Klimafinanzierungsbeitrag bis 2025 auf mindestens acht Milliarden Euro pro Jahr aufstocken.**
4. **Für die Zeit nach 2025 muss ein neues Finanzierungsziel definiert werden, das neben Anpassung und Minderung auch die Bereiche Verluste und Schäden beinhaltet**, um die finanziellen Bedarfe der verwundbarsten Länder abzudecken, vor allem bei Fällen, wo die Anpassung nicht mehr möglich ist und Schäden und Verluste bereits in großem Maßstab entstanden sind. Zum Beispiel ließe sich ein globaler Solidaritätsfonds, wie die in Glasgow untern anderen von den 54 afrikanischen Staaten vorgeschlagene **„Loss and Damage Finance Facility“**, einrichten, um Auszahlungen an Länder zu leisten, die mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert sind, und der sowohl nach extremen als auch langsam eintretenden Katastrophen Zahlungen leistet. Diese Facility kann komplementär zur humanitären Hilfe wirken und auch **vorausschauende Maßnahmen** unterstützen.
5. **Ernährungssicherung** muss stärker im Fokus der Klimakonferenzen stehen. In jedem Fall muss sie aber durch die richtige Auswahl von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen gewährleistet sein. **Der Schutz der Artenvielfalt, des Klimas und die Sicherstellung der Ernährungssicherung müssen zusammen gedacht werden.** Dazu braucht es Investitionen in klimaresiliente, ressourceneffiziente und nachhaltige Land-, Forst-, und Fischereiwirtschaft sowie in die Bereiche Bildung und Fortbildung. Es müssen sektorübergreifende Anpassungsmaßnahmen entwickelt und finanziert werden, die die Wechselwirkungen zwischen den Sektoren Wasser, Energie, Landnutzung und Ernährung in den Blick nehmen und auch die Förderung erneuerbarer Energien miteinschließen. Zielkonflikte zwischen Landwirtschaft-, Ernährungs- und Klimapolitiken müssen dabei durch integrierte Ansätze aufgelöst werden (wie z.B. ökosystembasierte Ansätze).

Bonn/Berlin, 27. Oktober 2022

Kontakt: **Michael Kühn und Mirjam Harteisen**

E-Mail: policy@welthungerhilfe.de